

Beschlußempfehlung und Bericht **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Abgeordneten Jäger (Wangen), Graf Huyn, von der Heydt
Freiherr von Massenbach, Dr. Czaja, Frau Krone-Appuhn, Lowack, Dr. Mertes
(Gerolstein), Frau Geier, Rossmann, Dr. Abelein, Feinendegen, Schröder
(Lüneburg), Dr. Hennig, Graf Stauffenberg, Dr. Hupka, Sauer (Stuttgart),
Werner, Dr. Marx, Dr. Freiherr Spies von Büllersheim, Dr. Wittmann, Straßmeir,
Lintner, Schulze (Berlin), Gerlach (Obernau), Ruf, Weiß und Genossen
— Drucksache 9/1541 —

Freilassung des Gewerkschaftsführers Lech Walesa und anderer politischer Häftlinge

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei der polnischen Regierung erneut mit
dem Ziel vorstellig zu werden, den Vorsitzenden der Gewerkschaft „Solidarität“,
Lech Walesa, umgehend auf freien Fuß zu setzen.

Darüber hinaus soll sie bei der polnischen Regierung weiterhin auf die Freilas-
sung aller politischen Inhaftierten drängen.

Bonn, den 8. September 1982

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Barzel	Polkehn
Vorsitzender	Berichterstatler

Bericht des Abgeordneten Polkehn

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU — Drucksache 9/1541 — ist vom Bundestag in erster Lesung in seiner 106. Sitzung am 16. Juni 1982 beraten und dem Auswärtigen Ausschuß überwiesen worden.

Der Ausschuß hat die Vorlage in seiner 37. Sitzung am 8. September 1982 abschließend beraten. Dabei zeigte sich, daß das Anliegen des Antrags — Freilassung des Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaft Solidarität, Lech Walesa, wie auch aller anderen aus politischen Gründen Inhaftierten in Polen — von allen Fraktionen geteilt wird. In diesem Zusammenhang wurde auf die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 18. Dezember 1981 verwiesen, der alle Fraktionen zugestimmt haben.

Im Einverständnis aller Fraktionen im Ausschuß wurde der Antrag geringfügig ergänzt — Einfügung des Wortes „erneut“ in Absatz 1 —, um auf die bisherigen Bemühungen der Bundesregierung um die Freilassung Lech Walesas und aller politischen Häftlinge in Polen hinzuweisen.

Hiernach wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Für den Auswärtigen Ausschuß bitte ich den Deutschen Bundestag, die Beschlußempfehlung anzunehmen.

Bonn, den 8. September 1982

Polkehn

Berichterstatte